

Beiträge zur Zeitgeschichte von Dr. Klaus Rose:

Neue Weltfinanzordnung oder gar Weltnachbarordnung?

Jetzt brüten sie über neuen Modalitäten, um die Weltwirtschaft vor dem Abgrund zu retten. Dieser Eindruck wurde zumindest erweckt, als die Vertreter der zwanzig bedeutendsten Industriestaaten der Welt zusammenkamen – ausgerechnet im sonst so verachteten Washington. Neu daran ist, dass nicht mehr die G 7 oder die G 8, sondern die G 20 die Zügel in die Hand nehmen will, dass also auch China und Indien dazugehören. Deren Anspruch ist, auf Dauer bei den „Großen des Geldes“ zu sein. Nicht neu ist allerdings, dass man wieder einmal die Welt ordnen will. Die einen denken mehr an die Weltfinanz- und Weltwirtschaftsordnung, die anderen gleich an die „Weltordnung“ der Staaten. Das 21. Jahrhundert reizt zu neuen Taten.

Gerade in Deutschland hat man Angst, dass die zweifellos vorhandene Weltwirtschaftskrise im Gefolge gieriger Finanzjongleurekunst ähnliche Ausmaße annimmt wie ab 1928. Im Jahr 1931 war eine der Berliner Großbanken zahlungsunfähig. Um Schlimmeres zu verhindern, wurden zahlreiche weitere Großbanken teilweise vom Staat übernommen und strenger Kontrolle unterstellt. Trotzdem stieg die Zahl der Arbeitslosen bis zum dramatischen Ergebnis, dass es im Februar 1932 im gesamten Deutschen Reich nur noch rund 12 Millionen Beschäftigte gab. Gezählte und versteckte Arbeitslose hielten sich fast die Waage mit den Beschäftigten. Der wirtschaftliche Nährboden für den Nationalsozialismus war getränkt.

Aus den USA kam aber bald Hoffnung, als im November 1932 F. D. Roosevelt als neuer Präsident gewählt war und als dieser ab 1933 mit der Politik des „New Deal“ wieder Vertrauen in die Wirtschaft herstellte. Dabei nahm er zur Wirtschaftsankur-

belung eine hohe Verschuldung und natürlich eine strenge Kontrolle in Kauf. Auch jetzt träumen einige von einem New Deal. Weniger nachgedacht wird über die Ursachen der Bankenkrise und deren Folgen auf die Gesamtwirtschaft. Wenn überhaupt, dann landet man schnell bei Schuldzuweisungen, zunächst gegen „die gierigen Banker“ und dann gegen „die unfähigen Politiker“. Dass auch „die Kunden und Verbraucher“ immer gieriger wurden, darf man kaum laut sagen. Aber der eigentliche Grund der Bankenzusammenbrüche ist der fehlende Bezug zum tatsächlichen Wert der „Wertpapiere“. So wie man heutzutage im Internet „virtuell Krieg führen“ kann, so konnte man auch „virtuelle Gewinne“ platzieren und die Menschen in einen Rausch versetzen. Dass eine kräftige Finanzordnung auf einem international wettbewerblich gestalteten Goldstandard gründet (good money), blieb nur noch seriösen Experten bewusst.

Aber so ganz neu ist die Diskussion um die Finanzkrise auch

wieder nicht. Vor genau vierzig Jahren gab es hitzige Diskussionen über die „Neuordnung der Weltwirtschaft“, auch in der Bundesrepublik. Einerseits war so die „Generation der 68er“ politikfreudig, andererseits lieferten mit der damaligen Großen Koalition die beiden Superminister Karl Schiller (SPD, zuständig für die Wirtschaft) und Franz Josef Strauß (CSU, zuständig für die Finanzen) wahre Steilvorlagen. Im Kern ging es damals um die behauptete Notwendigkeit einer Aufwertung der Deutschen Mark (DM). Das Wirtschaftswunderdeutschland hatte das internationale Finanzsystem gesprengt, wollte aber – ähnlich wie heute die Volksrepublik China – nicht die Verantwortung für die neuen Disparitäten in der Währung übernehmen. Eine Aufwertung wäre einerseits zu Lasten der deutschen Wirtschaft und ihres Exports erfolgt, was Strauß nicht verantworten wollte, aber andererseits hätte sie das internationale Währungssystem beruhigt. Dieses war im Juli 1944 bei der Konferenz in Bretton Woods,



1986 am Denkmal von Albert Einstein in Washington: Bundestagsabgeordnete holen sich klare Gedanken, darunter Ingrid Matthäus-Maier.

New Hampshire, mit erstmals festen Wechselkursen eingeführt worden. Zur „Oberaufsicht“ hatte man zwei neue Weltbehörden errichtet, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, kurz Weltbank genannt. Das geschundene Deutschland profitierte bald von dem durch den US-Finanzminister Henry Morgenthau ausgeklügelten System. Während die Sowjetunion in ihrem Besatzungsteil Deutschlands mit hohen Reparationen zur Ausblutung beitrug, nahm

die junge Bundesrepublik durch den „Marshall-Plan“ schnellen Aufschwung. Aber in den USA stieg in den 1960er Jahren die Inflation stark an, was den Dollar schwächte. An ihm hingen aber alle Währungen, wobei die US-Notenbank sich verpflichtet hatte, Dollars jederzeit in Gold zu tauschen. Die neue Schiefelage führte dann ab dem Jahr 1973 zu flexiblen Wechselkursen, was den freien Welthandel beflügelte. Die Bedeutung von IWF und Weltbank stieg für Deutschland später noch stärker an. Bundesregierung und Bundestag machten

es sich zur Pflicht, nicht bloß möglichst viele Mitarbeiter in die Stäbe der Institutionen zu verpflanzen. Sie nahmen auch an der jeweiligen Frühjahrstagung und vor allem an der großen Herbsttagung in Washington teil. Vertreter des Haushalts- und des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages konnten sich somit ihr eigenes Bild machen und für künftige heimische Diskussionen gewappnet sein. Wer nicht bloß „Lustreisen“ wollte, sondern sich Notizen machte und später fundierte Diskussionen bestritt, stieg schnell zu höheren Ämtern auf. Als fachliche Begleitung hatte beispielsweise Theo Waigel, ab April 1989 Bundesfinanzminister, einen Beamten namens Horst Köhler mit nach Washington genommen – von den mitreisenden Abgeordneten kaum wahrgenommen, weil er fleißig Akten studierte. Später stieg dieser aber sogar zum IWF-Chef auf, bis er dann im Jahr 2004 Bundespräsident wurde. Auch die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier, holte sich nicht zuletzt bei den Washington-Fahrten das Rüstzeug, um Chefin der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu werden. Die Abgeordneten führten auch Gespräche mit Alan Greenspan, dem legendären Chef der FED (US-Notenbank), welcher allerdings unlängst einräumte, dass „fragwürdige Kreditkettenbriefe“ zum

Bau von Eigenheimen nicht genehmigt werden hätten sollen. Wenn jetzt der Weltfinanzgipfel einen „Arbeitsauftrag“ gab, dann geht es nicht um eine revolutionäre Änderung der Weltfinanzordnung und auch nicht um die Wiedereinführung fester Wechselkurse. Es wäre schon viel erreicht, wenn mit Hilfe einer neuen „Regulierung“ und neuer Verhaltensregeln das altbewährte deutsche Prinzip von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in die internationale Finanzwelt Einzug fände. Es braucht also auch Bilanzierungsregeln, nicht weitere Luftnummern. Ob eine neue weltweite Superbehörde zur Kontrolle aufgebaut werden muss, scheint eher verneint werden zu müssen. Ob die Volksrepublik China sich in die Karten schauen ließe, ist auch unwahrscheinlich. Aber dass auch „Asien im Zentrum des Orkans“ steht, wie unlängst der Geschäftsführer der Asiatischen Entwicklungsbank äußerte, steht für China fest. Wenn sich dort das gewohnte deutliche Wirtschaftswachstum verlangsamt und Millionen Arbeitslosenheere entstehen, könnte der Orkan zu einem politischen Taifun für die Einheitspartei werden. Da China und USA enger als bekannt aneinander gekettet sind – die amerikanischen Verbraucher haben mit ihrem Konsum den chinesischen Wirtschaftsaufschwung angekurbelt und China hat damit große Teile der US-Verschuldung finanziert und sitzt jetzt auf Dollarreserven, könnte der Taifun den gesamten Pazifik erfassen und auf die amerikanische Westküste hinüber schwappen. Damit haben jene politischen Denker Konjunktur, die gleich eine neue politische Ordnung für die Welt fordern. Beispielsweise hat Hans-Dietrich Genscher

Ende Oktober 2008 eine neue „Weltnachbarschaftsordnung“ vorgestellt. Er glaubt, dass „zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Kriegs verstrichen sind, die für die Gestaltung einer neuen Weltordnung nicht oder nicht ausreichend genutzt wurden.“ Genscher meinte zwar mehr die stockende Rüstungskontrolle oder den KSZE-Rahmen, aber durch weltweite Krisen werden eben auch neue Gedanken freigesetzt. Bei Genscher heißt das: lässt Russland nicht außen vor, wenn Ihr gute Nachbarschaft wollt. Da hat er zweifellos Recht. Wenn er aber nicht bloß den Westen auf der Anklagebank sähe, wäre schon viel geholfen. Denn auch Russland hat mit manchen Drohungen und Truppenentsendungen keinen guten Nachbarn abgegeben. Eine neue Weltordnung kann man, ähnlich wie beim Wiener Kongress 1815 oder bei der Potsdamer Konferenz 1945, am Reißbrett planen. Sie entwickelt sich aber auch durch unvorhergesehene Ereignisse. Die Geschichte der nächsten zwanzig Jahre wird Aufschluss über Erfolg oder Misserfolg der neuen Ideen geben.